



Vereinigung
unabhängiger
Ärztinnen, Ärzte
und Medizinstudierende

für ein gerechtes
und soziales
Gesundheitswesen

Gesundheit ist keine Ware!

Aktuelle Brennpunkte in unserem Gesundheitswesen

Medizinische Grundversorgung

In der medizinischen Grundversorgung stehen dieses Jahr zwei wichtige Abstimmungen an. Am 18. Mai wird über den Verfassungsartikel „Medizinische Grundversorgung“ abgestimmt. National- und Ständerat haben diesem Artikel im letzten Herbst zugestimmt, worauf die Initiative „Ja zur Hausarztmedizin“ zurückgezogen wurde. Zwar gibt es keine eigentliche Gegnerschaft, trotzdem ist es wichtig, dass dieser Verfassungsartikel mit möglichst grossem Mehr angenommen wird und damit ein Signal gesetzt wird zur Stärkung der Hausarztmedizin. Voraussichtlich im November steht dann eine weitere wichtige Abstimmung an: die Volksinitiative für eine öffentliche Krankenkasse. Ein weiteres Mal wird über das Anliegen einer öffentlichen Einheitskasse abgestimmt, welche den Wettbewerb unter den Krankenkassen in der Grundversicherung unterbinden soll. Damit wird die heutige Jagd der Krankenkassen nach den ‚billigen‘ Patienten (sog. gute Risiken) unterbunden und der Pseudowettbewerb in der Grundversicherung entfällt, welcher heute kostentreibend wirkt und die Prämien unnötig in die Höhe treibt. Diese Abstimmung wird sehr umstritten sein, entsprechend wichtig ist eine möglichst breite Unterstützung für dieses wichtige soziale Anliegen, damit weniger Geld in Administration und Pseudowettbewerb verloren geht und mehr Geld zur Verfügung steht zur Betreuung Kranker. Die grosse und finanzstarke Lobby der Krankenkassen wird einmal mehr dafür sorgen, dass ein solcher Systemwechsel als gefährlich für die Allgemeinheit hingestellt wird. Dem müssen wir uns entgegenstellen.

Spitäler

Im dritten Jahr nach Einführung der DRG („Diagnosis Related Group“) oder Fallkostenpauschalen besteht weiterhin ein hoher Leistungsdruck in den Spitälern und die Konkurrenz zwischen den einzelnen Spitälern wird angeheizt. Die Pflegenden sollen mit knappen personellen Ressourcen den Patienten eine optimale Pflege bieten. Gleichzeitig muss ganz nebenbei mit grossem administrativem Aufwand möglichst jede Leistung erfasst werden. Auch die Ärzte stehen unter demselben Druck. Es besteht nach wie vor die Gefahr, dass für die Ausbildung von Assistenzärzten zu wenig Mittel zur Verfügung stehen. Ein weiteres Problem ist die Finanzierung der dringend notwendigen Investitionen in den Spitälern, z.B. Umbauten und Anschaffung medizinischer Geräte. Das kann, vor allem in den öffentlichen Spitälern, zu Qualitätsabbau führen.

Die öffentlichen Spitäler suchen teilweise eine Lösung ihrer finanziellen Probleme in einer Änderung ihrer Rechtsform, z.B. vom Zweckverband - wo die Bevölkerung Mitspracherechte hat - in eine AG, wo ein Verwaltungsrat ohne Mitbestimmung der Gemeinden die Entwicklung des Unternehmens Spital steuert.

Seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative wachsen beim Personal der Spitäler nun auch noch die Befürchtungen, dass – bei ohnehin schon knappen Ressourcen – immer mehr Pflegenden und Ärzte, welche bisher zu grossen Teilen aus dem Ausland rekrutiert wurden, in Zukunft fehlen werden.

email •• sekretariat@vua.ch

web •• www.vua.ch

Adresse •• Postfach 2309, 8031 Zürich

Medizinstudium

Seit Einführung der Bologna-Reform im Medizinstudium (2007) greift eine immer stärkere Verschulung des Medizinstudiums um sich. Dies äussert sich u.a. in Präsenzkontrollen und einem strafferen obligatorischen Veranstaltungskalender, wodurch weniger Möglichkeiten zur selbstorganisierten Bildung bleiben. Zudem wird es dadurch schwieriger, neben dem Studium zu arbeiten, was insbesondere finanzschwache Studierende trifft.

In diesem Jahr werden Praktika in Spitälern absolviert, wobei man im Durchschnitt 900.- CHF brutto pro Monat verdient. Da die Studierenden während dieser Zeit keinerlei universitären Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zahlten sie zuvor einen symbolischen Beitrag von 100.- anstelle der Semestergebühren von 1400.-. Neu muss aber der gesamte Betrag von 1400.- bezahlt werden. Begründung dafür war, dass die Studierenden ja für das Wahlstudienjahr ECTS-Kreditpunkte erhalten würden und daher die vollen Immatrikulationsgebühren zu bezahlen hätten.

2010 wurde über die Köpfe der Studierenden hinweg entschieden, die Gebühren für das Staatsexamen ab 2011 von 660.- auf 3200.- zu erhöhen. Unter dem Druck der Studierendenschaft wurde die Gebühr nun auf 2200.- Franken reduziert. Dies ist immer noch eine massive ungerechtfertigte Erhöhung um 330%!

Die Bologna-Reform sieht auch vor, dass im Medizinstudium eine Masterarbeit geschrieben werden muss, um überhaupt am Staatsexamen teilnehmen zu können. Dies im Gegensatz zur früheren Regelung, in welcher eine Dissertation zur Erlangung des „Dr. med.“ freiwillig war. Der Druck ist gross, nebst der Masterarbeit zusätzlich eine Dissertation zu verfassen, um gegenüber AbsolventInnen aus anderen Ländern mit „Dr. med.“ Titel nicht benachteiligt zu werden. De facto werden daher zwei wissenschaftliche Arbeiten geschrieben, ohne dafür freie Zeit zu erhalten.

Als Folge all dieser Änderungen werden Medizinstudierende in einem Klima von Konkurrenzdruck und Finanzstärke versus -schwäche sozialisiert. Dies ist sehr bedenklich, wenn man bedenkt, wie wichtig menschliche Kompetenzen im Beruf als Ärztin/Arzt sind. Ausserdem ist es für die spätere Berufstätigkeit notwendig, dass Eigenverantwortung und kritische Reflexion ebenso gefördert werden wie Fachwissen.

Wir fordern

- **Eine echte Stärkung der Hausarztmedizin: Ja zum Verfassungsartikel Hausarztmedizin am 18. Mai**
- **Ja zur Volksinitiative für eine öffentlichen Krankenkasse**
- **Kein Abbau im KVG-Bereich, das heisst freier Zugang zum Gesundheitswesen für alle**
- **Kein Ausbau von Selbsthalten im Sinne von: Wer krank ist, ist selber schuld und soll es auch bezahlen (z.B. Selbstbezahlung von Notfallpauschalen etc.)**

- **Kein Qualitätsabbau in den Spitälern durch erzwungene Sparmassnahmen im Zusammenhang mit der Einführung der DRG**
- **Kein Personalabbau in der Pflege, keine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen**
- **Keine Sparmassnahmen in der Ausbildung der AssistenzärztInnen**

- **Mehr Studienplätze für Medizinstudierende**
- **Keine Zweiklassenausbildung in der Medizin durch zunehmende Verteuerung des Studiums.**
- **Mehr Möglichkeit zur kritischen Reflexion im Medizinstudium, mehr Flexibilität im Studium und mehr Möglichkeit zur selbstorganisierten Bildung**

email •• sekretariat@vua.ch

web •• www.vua.ch

Adresse •• Postfach 2309, 8031 Zürich